

Lieferkettengesetz retten?

Beitrag von „Quittengelee“ vom 1. Februar 2024 23:06

Es ist unfassbar! Warum haben wir solche hinterlistigen, geldgierigen, schmierigen, egoistischen Individuen in der Regierung sitzen? Und kann man noch irgendwas tun, um das Desaster zu verhindern?

<https://www.verdi.de/themen/interna...ferkettengesetz>

<https://www.tagesschau.de/wirtschaft/lie...chland-102.html>

Beitrag von „Kris24“ vom 1. Februar 2024 23:15

Ist FDP (genauer Lindner und Buschmann) bezahlt von entsprechenden Lobbyisten.

(Und dann gibt es Menschen auch hier im Forum, die das gut heißen.)

Beitrag von „Seph“ vom 1. Februar 2024 23:24

Mal abgesehen von aufgeregten Pressemitteilungen ist bislang überhaupt nicht klar, wie eine solche EU-Richtlinie überhaupt aussehen soll, der entsprechende Gesetzestext ist noch in Arbeit. Man darf auch nicht vergessen, dass es in Deutschland bereits ein vergleichbares Gesetz gibt.

Die Bauchschmerzen mit dem bisherigen Entwurf scheinen in einer sehr umfangreichen zivilrechtlichen Haftung von Unternehmen mit unabsehbaren Folgen zu liegen und sicher nicht wie kolportiert in einem Schulterzucken rund um die Verpflichtung zur Einhaltung und Beachtung der Menschenrechte entlang der Lieferketten.

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 2. Februar 2024 22:34

S=1 Öl <end>

Nun haben sich alle EU-Staaten zusammengerauft und die FDP gibt den Orban. Unfassbar.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 3. Februar 2024 08:57

Zumal die Euro-FDP sich gar nicht quergestellt hatte, das sind unsere beiden Hansel, die kurz vor knapp etwas kippen wollen, worauf sich alle Europäer endlich geeinigt hatten. Aber wen interessieren schon die Arbeitsbedingungen von Menschen, die ganz weit weg wohnen? Die sieht man ja nicht mal, wenn man dort Urlaub macht.

Beitrag von „Moebius“ vom 3. Februar 2024 09:43

Ich bezweifle, dass irgendwer hier beurteilen kann, welche Folgen das Gesetz genau hätte und ob es gut gemacht ist. Ich glaube, das gilt auch für die meisten Journalisten, die sich reflexhaft hinter die gute Absicht hinter dem Gesetz stellen.

Auch wenn es so verkürzt wird, kann die FDP das Gesetz übrigens nicht alleine verhindern, derzeit läuft es auf eine Enthaltung Deutschlands bei dem Gesetz hinaus, eine ausreichende Mehrheit ist auch bei Enthaltung Deutschlands grundsätzlich möglich.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 3. Februar 2024 10:06

Klar, wir können alle niemals irgendwas in letzter Konsequenz beurteilen, haben aber trotzdem eine Meinung. Und eine Enthaltung Deutschlands wird zum Kippen des Ganzen führen, weil andere Staaten sich dem anschließen.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 3. Februar 2024 10:48

Trotzdem sollten hier die berechtigten Interessen der Wirtschaft nicht außer Acht gelassen werden.

Unabhängig davon, ist es immer interessant, dass solche Diskussionen immer aufkommen, wenn es um die FDP geht. Bei der Erhöhung des Kinderfreibetrags gab es ja einen ähnlichen Shitstorms gegenüber der FDP, dabei vergessend, dass kurz zuvor das Kindergeld spürbar erhöht worden ist und das eigentlich immer beides zusammen erhöht woi

Beitrag von „RosaLaune“ vom 3. Februar 2024 10:53

Jetzt, wo die deutsche Wirtschaft ohnehin schon so große Probleme hat, Unternehmen durch die Europäisierung des Lieferkettengesetzes noch stärker einzuschränken und noch mehr bürokratische Hürden aufzubürden, halte ich auch für eine schlechte Idee. Man kann die FDP für vieles kritisieren, aber hier halte ich die Blockade tatsächlich für angebracht.

Dass Verdi für dieses Lieferkettengesetz ist, zeigt doch nur, dass Verdi nicht wirklich weiß, was die Aufgabe von Gewerkschaften ist.

Beitrag von „Kris24“ vom 3. Februar 2024 10:57

Zitat von Karl-Dieter

Trotzdem sollten hier die berechtigten Interessen der Wirtschaft nicht außer Acht gelassen werden.

Unabhängig davon, ist es immer interessant, dass solche Diskussionen immer aufkommen, wenn es um die FDP geht. Bei der Erhöhung des Kinderfreibetrags gab es ja einen ähnlichen Shitstorms gegenüber der FDP, dabei vergessend, dass kurz zuvor das Kindergeld spürbar erhöht worden ist und das eigentlich immer beides zusammen erhöht woi

Alle Erhöhungen der letzten Jahre betrachtet hängt trotzdem noch dem Kinderfreibetrag (relativ gesehen) zurück. Bei der letzten Erhöhung wurde nur die Differenz verringert, jetzt wieder vergrößert.

Ja, FDP macht nur Politik für wenige (nachgewiesener Lobbyismus nach seltsamen Entscheidungen (Mövenpick, Porsche) fällt mir dann immer wieder ein), aber nach euch sind alle anderen Parteien und Journalisten dumm, überschauen nicht die Konsequenzen.

Und Wirtschaft ist nicht gleich Wirtschaft. Viele Unternehmen sehen es auch anders. Das deutsche Gesetz dazu ist "zahnlos".

Beitrag von „Moebius“ vom 3. Februar 2024 12:02

Ich kann auch nicht beurteilen, wie problematisch das Lieferkettengesetz ist und ob die FDP hier richtig handelt.

Bei einem kurzen Versuch, sich objektiv über dessen Inhalt zu informieren landet man ziemlich schnell in einem Chaos von verschiedenen Dingen, die offenbar von unterschiedlichen Seiten in das Gesetz gebracht werden sollten, von Arbeitsbedingungen für Beschäftigte bis hin zu Klimasparsamkeit bei der Produktion.

Es ist auffällig, dass gerade der ÖRR sehr schnell und platt gegen die FDP schießt. Noch auffälliger ist das für mich bei der Schuldenbremse, bei der gerne so getan wird, als ob alleine die FDP Deutschland in den Abgrund sparen möchte. Dabei blendet man dann gerne aus, dass eine Mehrheit der Bürger die Schuldenbremse befürwortet und das Fehlen einer solchen (zumindest einer wirksamen) eine zentrale Ursache für die größte Krise der EU und das anschließende Erstarken des Populismus in Europa war.

Und ich finde es leider bezeichnend, dass Quittengele hier einerseits offen sagt, dass sie das Gesetz inhaltlich nicht beurteilen kann, sich aber trotzdem nicht davon abhalten lässt, Menschen alleine aufgrund der Abweichung von ihrer persönlichen, subjektiven Meinung als

[Zitat von Quittengelee](#)

hinterlistigen, geldgierigen, schmierigen, egoistischen Individuen in der Regierung

zu beschimpfen.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 3. Februar 2024 12:07

[Zitat von Kris24](#)

Ja, FDP macht nur Politik für wenige (nachgewiesener Lobbyismus nach seltsamen Entscheidungen (Mövenpick, Porsche) fällt mir dann immer wieder ein), aber nach euch sind alle anderen Parteien und Journalisten dumm,

wie "nach euch"? Wer sind denn "euch"?

Beitrag von „Birgit“ vom 3. Februar 2024 12:13

Es ist doch immer wieder schön, dass sich hier für jeden Dreck irgendwer findet, der ihn verteidigt...

Beitrag von „Birgit“ vom 3. Februar 2024 12:17

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/f...bottiert-die-fdp>

Beitrag von „RosaLaune“ vom 3. Februar 2024 12:22

[Zitat von Birgit](#)

Es ist doch immer wieder schön, dass sich hier für jeden Dreck irgendwer findet, der ihn verteidigt...

Du machst Biomüll, ich mach Plastik.

Beitrag von „fachinformatiker“ vom 3. Februar 2024 13:33

<https://www.lehrerforen.de/thread/65833-lieferkettengesetz-retten/>

Endlich macht die FDP etwas, wofür diese gewählt wurde. Bürokratie abbauen und die Wirtschaft nicht noch weiter drangsaliieren.

Leider ist die FDP zu oft vor den anderen eingeknickt, wie z.B. beim Atomausstieg oder beim GEG.

Denke, die meisten, die sich hier das das unselige Lieferkettengesetz über die FDP ärgern, sind keine FDP Wähler gewesen oder werden es jemals sein.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 3. Februar 2024 13:40

[Moebius](#) , du hast doch auch von nichts so eine Ahnung, dass du bis in letzte Konsequenz alle Folgen beurteilen kannst, das kann niemand. Es geht darum, dass eine Sache schon fertig diskutiert wurde und Lindner, wieder mal, fünf Minuten vorher alles ins Wanken bringt. Das alleine ist schon ekliges Verhalten.

Muss man eigentlich echt erklären, wie die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern aussehen? Es reicht einfach nicht, derlei Entscheidungen auf den Verbraucher abzuwälzen.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 3. Februar 2024 13:48

Zitat von Quittengelee

Muss man eigentlich echt erklären, wie die Arbeitsbedingungen in anderen Ländern aussehen? Es reicht einfach nicht, derlei Entscheidungen auf den Verbraucher abzuwälzen.

Ja mei, ist denn der Imperialismus plötzlich links?

Beitrag von „state_of_Trance“ vom 3. Februar 2024 13:52

[Zitat von RosaLaune](#)

Du machst Biomüll, ich mach Plastik.

Und Bio und Grün sind ja immer die "Guten" zumindest in diesem Forum.

Beitrag von „Moebius“ vom 3. Februar 2024 13:56

[Zitat von Quittengelee](#)

[Moebius](#) , du hast doch auch von nichts so eine Ahnung, dass du bis in letzte Konsequenz alle Folgen beurteilen kannst, das kann niemand.

Ich bin durchaus in der Lage zu differenzieren, wann ich Inhalt und Folgen politischer Maßnahmen ganz gut beurteilen kann und wann nicht. Bei dieser EU-Gesetzgebung ist mit Sicherheit letzteres der Fall. (Und relativ offensichtlich habe ich von dem Gesetz mehr Ahnung als du, denn ich habe zumindest schon mal versucht, mich über seinen genauen Inhalt zu informieren.)

Du beschimpfst hier aufs übelste die Minister der FDP, vor ein paar Wochen haben Teile der Landwirte mit Herrn Habekck ähnliches gemacht, bei Frau Bährbrock passiert das aus der Ecke ihrer politischen Kritiker regelmäßig. An der Normalisierung dieses Umgangs wirkst du mit und das als jemand, der per Amt und Auftrag eigentlich das Gegenteil tun sollte. Ich bin mir ziemlich sicher, dass du die erste bist, die rechtschaffend empört ist, wenn Politiker in ähnlicher Weise angegangen werden, die Dinge vertreten, die deiner Überzeugung entsprechen.

Beitrag von „chemikus08“ vom 3. Februar 2024 16:40

Man diskutiert immer wieder über Flüchtlingsströme. Die schlechten Lebensbedingungen vor Ort sind mit ein Treiber für Migrationsströme. Hier hat man die Chance das Übel an der Wurzel zu packen und schon zieht man den Schwanz ein um seine geliebte Lobbyklientel nicht zu verprellen.

Beitrag von „chemikus08“ vom 3. Februar 2024 16:47

Zitat von RosaLaune

Dass Verdi für dieses Lieferkettengesetz ist, zeigt doch nur, dass Verdi nicht wirklich weiß, was die Aufgabe von Gewerkschaften ist.

Das ist DGB Linie und sicherlich auch Position meiner Gewerkschaft der GEW. Ich persönlich finde das richtig, weil es hier auch um Solidarität mit Arbeitnehmern aus anderen Ländern geht. Manch einer mag der Auffassung sein, man solle sich doch lieber um die eigenen Leute kümmern und da muss ich sagen da kommt die Demokratie ins Spiel. Es gibt diese zwei Positionen und letztlich entscheidet die Mehrheit der Delegierten auf den Gewerkschaftstagen. Damit bilden wir nur die Mehrheitsmeinung unserer Mitglieder ab, auch wenn einzelne Mitglieder das anders sehen. Was außerhalb der Gewerkschaft stehende Kollegen dazu sagen kann uns ziemlich egal sein. Für die machen wir die Arbeit ja nicht, auch wenn sie vielfach von unserer Arbeit partizipieren.

Beitrag von „Moebius“ vom 3. Februar 2024 17:11

Zitat von chemikus08

Man diskutiert immer wieder über Flüchtlingsströme. Die schlechten Lebensbedingungen vor Ort sind mit ein Treiber für Migrationsströme.

Aber nicht aus den Ländern, für die das Lieferkettengesetz relevant sein wird (China, Indien, Indonesien, Bangladesch).

Wirklich niemand spricht sich gegen das Ziel aus, dass die Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern besser werden sollen.

Es kann aber auch niemand beurteilen, ob das Gesetz dafür wirklich geeignet ist.

Die Möglichkeit der Telefonüberwachung wurde in Deutschland mit dem Argument der Terrorismusbekämpfung durchgesetzt, spätere Auswertungen haben ergeben, dass sie überwiegend bei dem Verdacht von Steuerdelikten eingesetzt wurde. Die Vorratsdatenspeicherung wird immer wieder mit ähnlichen Argumenten gefordert, auch sie wurde, als es sie zwischenzeitig gab, hauptsächlich bei Urheberrechtsverstößen genutzt. Und wie ich oben genannt habe, gibt es auch bei dem Lieferkettengesetz Bestrebungen, dort ganz

andere Sachen als reine Arbeitsbedingungen ab zu decken.

Man kann übrigens gerne für ein Lieferkettengesetz sein, ich glaube auch, dass es letztlich kommen wird.

Meine Kritik richtete sich gegen die Art des politischen Diskurses.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 3. Februar 2024 17:45

[Zitat von Birgit](#)

<https://www.blaetter.de/ausgabe/2024/f...bottiert-die-fdp>

Dass die sowas sagen, ist allerdings auch kein Wunder:

Einer Leserumfrage aus dem Jahr 2017 zufolge positioniert sich die Mehrheit der Leserschaft „im links-ökologischen politischen Spektrum“.

Beitrag von „Karl-Dieter“ vom 3. Februar 2024 17:48

[Zitat von chemikus08](#)

Hier hat man die Chance das Übel an der Wurzel zu packen

Die Problematik mit dem Lieferkettengesetz zu regeln ist wohl etwas zu kurz gedacht. Migration erfolgt zu einem großen Teil aus failed States, wo die dortige politische "Kaste" die Länder seit Jahrzehnten ausplündern.

Beitrag von „Antimon“ vom 3. Februar 2024 18:08

Die Konzernverantwortungsinitiative ist in der Schweiz übrigens per Volksentscheid abgelehnt worden. Es heisst zu diesem Lieferkettengesetz, bei einem entstandenen "Schaden" solle EU-Recht gelten und nicht das Recht vor Ort. Was das genau bedeuten soll, lässt sich nicht

rausfinden, nur ziemlich viel Geschwurbel. Was meint man denn mit "Schaden"? Man informiere sich doch bitte mal über die Standards, die z. B. in Bangladesch zur Abwasserreinigung gelten und vergleiche sie mit unseren. Muss dann eine Färberei in Bangladesch eine Kläranlage nach EU-Standard hinstellen oder was? Ich meine, das entspricht ja nicht den dortigen Vorschriften, mit welchem Recht soll ein europäisches Unternehmen das verlangen können? Oder meint man mit "Schaden" nur eingestürzte Fabrikhallen? Wie ist das denn mit dem generellen Arbeitsschutz vor Ort? Wie kann denn wiederum ein europäisches Unternehmen eine 40-Stunden-Woche mit geregelten Pausenzeiten, geregelter Kranken- und Rentenversicherung fordern, wenn das Gesetz in Bangladesch das alles gar nicht vorsieht? Oder meint man auch das nicht mit "Schaden"? Ehrlich, das sind rhetorische Fragen, denn ich bin mir ziemlich sicher, dass das so gar nicht möglich ist und so auch gar nicht gemeint ist. Am Ende ist das wirklich nur ein völlig aufgeblasener Papiertiger, der vor allem Mittelständlern das Leben schwer macht. Ein Grosskonzern wie die BASF weiss schon, welche Papierli man kaufen muss um das Soll zu erfüllen. Und an Dreckslöcher wie Hyderabad Pharma City traut sich eh keiner ran, wenn die nicht mehr liefern weil uns ihre Produktionsbedingungen nicht mehr genehm sind, können wir den Deckel zumachen.

Beitrag von „Moebius“ vom 3. Februar 2024 18:19

Der Kerngedanke ließe sich wohl auf einer DinA4 Seite als Gesetz formulieren:

Unternehmen müssen alle vernünftigen Maßnahmen ergreifen um sicher zu stellen, dass keine Produkte aus Zwangsarbeit in ihre Lieferketten gelangen, wenn das doch passiert, wird eine erhebliche Strafzahlung fällig, die so hoch ist, dass er das "weggucken" wirtschaftlich unattraktiv macht.

Ich glaube, das würde jeder unterschreiben.

Wenn dann aber im Gesetzgebungsverfahren auf einmal solche Sachen wie "klimabezogene Sorgfaltspflicht" diskutiert werden, ist schon klar, dass jeder versucht seine persönlichen Interessen mit rein zu bringen.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 3. Februar 2024 19:41

 [Zitat von Moebius](#)

Unternehmen müssen alle vernünftigen Maßnahmen ergreifen um sicher zu stellen, dass keine Produkte aus Zwangsarbeit in ihre Lieferketten gelangen, wenn das doch passiert, wird eine erhebliche Strafzahlung fällig, die so hoch ist, dass er das "weggucken" wirtschaftlich unattraktiv macht.

Ich glaube, das würde jeder unterschreiben.

Wenn dann aber im Gesetzgebungsverfahren auf einmal solche Sachen wie "klimabezogene Sorgfaltspflicht" diskutiert werden, ist schon klar, dass jeder versucht seine persönlichen Interessen mit rein zu bringen.

Keine Ahnung ob ich das unterschreiben würde. Was ist denn Zwangsarbeit? Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich bei mir im Haushalt einige Produkte habe, die zum Teil auch in Gefängnissen von arbeitspflichtigen Inhaftierten gefertigt wurden.

Beitrag von „Antimon“ vom 3. Februar 2024 20:24

Ich glaube, es geht um Menschen, die in keinem regulären Beschäftigungsverhältnis arbeiten. Das dürfte auch in den jeweiligen Ländern illegal sein.

Es gab vor Inkrafttreten des deutschen Lieferkettengesetzes schon die ISO 9001 im Rahmen des unternehmerischen QM. Meine Partnerin hat sich als Geschäftsführerin der Schweizer Zweigstelle eines deutschen Unternehmen vor 5 Jahren schon irgendwelche Papierli unterschreiben lassen, dass die Platinen für die Durchflusssyztometer in China nicht in Kinderarbeit hergestellt wurden. Natürlich ohne selbst zu wissen, ob das wirklich so ist. Die Papierli werden einfach von einem zum anderen durchgereicht und jeder nickt mal ab, bis es beim Hersteller wieder angekommen ist. Von solchen Gesetzen profitieren vor allem die Zertifizierer, die sich das Abnicken der Papierli natürlich bezahlen lassen.

Beitrag von „state_of_Trance“ vom 3. Februar 2024 21:15

[Zitat von Karl-Dieter](#)

Dass die sowas sagen, ist allerdings auch kein Wunder:

Einer Leserumfrage aus dem Jahr 2017 zufolge positioniert sich die Mehrheit der Leserschaft „im links-ökologischen politischen Spektrum“.

Schocker. Am Ende offenbart sich noch, dass Birgit auch Teil dieses Spektrums ist.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 4. Februar 2024 00:40

So wird's sein. Im EU-Parlament sitzen lauter Pappnasen, die alle nicht beurteilen können, was das von ihnen geplante Gesetz bewirken soll. Es gibt keinerlei Jurist*innen dort und natürlich auch keine definierten Standards, die überprüft werden müssen und die deutsche FDP allein rettet alle armen, kleinen Betriebe ab 500 Mitarbeitenden und über 150 Mio Jahresumsatz. Zum Glück ist das dem Lindner jetzt plötzlich noch eingefallen.

Beitrag von „Antimon“ vom 4. Februar 2024 09:08

Welcher schlaue Jurist hat sich denn die ISO 9001 ausgedacht? Und hättest du überhaupt gewusst, was das ist? Ich glaube, Moebius hat schon recht, du hast am wenigsten Ahnung und regst dich am meisten auf. 🤪

Beitrag von „Quittengelee“ vom 4. Februar 2024 11:51

[Zitat von Antimon](#)

Welcher schlaue Jurist hat sich denn die ISO 9001 ausgedacht? Und hättest du überhaupt gewusst, was das ist?

Nein, habe ich auch nicht behauptet. Du schreibst:

[Zitat von Antimon](#)

...Es heisst zu diesem Lieferkettengesetz, bei einem entstandenen "Schaden" solle EU-Recht gelten und nicht das Recht vor Ort. Was das genau bedeuten soll, lässt sich nicht rausfinden, nur ziemlich viel Geschwurbel. Was meint man denn mit "Schaden"?

Etc.

Dann kommen lauter Beispiele, was alles nicht geht, weil Bangladesch ganz andere Gesetze hat.

Hast du dich denn selbst damit auseinandergesetzt?

"Unternehmen sollen menschenrechtliche und bestimmte umweltbezogene Risiken in ihren Wertschöpfungsketten ermitteln, Präventions- und Abhilfemaßnahmen ergreifen und darüber berichten. Unternehmen sollen dabei nur das tun, was vor dem Hintergrund der Schwere des Risikos und ihrer individuellen Einflussmöglichkeiten angemessen ist."

"**Die Annexe** der Richtlinie beinhalten die international verpflichtenden Abkommen sowohl zu den international geschützten Menschenrechten als auch zu internationalen Umweltabkommen, aus denen konkrete Verhaltenspflichten für Unternehmen abgeleitet werden."

<https://www.csr-in-deutschland.de/DE/Wirtschaft-...der-eu-art.html>

Und zum dritten Mal, es geht vor allem darum, dass ein oder zwei Politiker jetzt eine, von Deutschland durchaus mit unterstützte Initiative, plötzlich ganz kippen wollen. Und zwar nicht mit fundierten Hinweisen dazu, welche Probleme im Produktionsland auftauchen könnten, sondern mit der allgemeinen Aussage, Bürokratie sei doof und das koste ja auch alles irgendwie viel Geld. Ja, Menschenrechte kosten Geld und das darf man H&M zumuten, T-Shirts müssen nicht für 2,99 am Haken hängen, das streitet doch auch hier niemand ernsthaft ab, hoffe ich.

Zitat von Moebius

Du beschimpfst hier aufs übelste die Minister der FDP, ...

Gut, vielleicht wären weniger wütende Worte besser gewesen, im Grunde kommt die Einschätzung aber aus dem Verhalten, das bestimmte Politiker durchaus bereits an den Tag gelegt haben. Sich für Entscheidungen bezahlen zu lassen usw. IST nunmal geldgierig etc.

Zitat von Moebius

Wirklich niemand spricht sich gegen das Ziel aus, dass die Arbeitsbedingungen in den Herkunftsländern besser werden sollen.

Es kann aber auch niemand beurteilen, ob das Gesetz dafür wirklich geeignet ist.

Die Kritik ist und bleibt sonderbar. Wenn das niemand beurteilen kann, kann es die deutsche FDP auch nicht. Im Dezember hätte schon niemand dafür stimmen können und auch keine fundierte Kritik üben können, weil kann ja niemand beurteilen. Ob dein politischer Diskurs da mal besser ist als meiner darfst du gerne kurz überlegen: sprichst du nicht selbst dem EU-Parlament jede Fähigkeit zur politischen Handlungsfähigkeit ab?

Beitrag von „Antimon“ vom 4. Februar 2024 12:34

[Zitat von Quittengelee](#)

Hast du dich denn selbst damit auseinandergesetzt?

Ja klar, du zitierst den nichtssagenden Schwurbel, den man überall dazu liest. Hast du selbst eine konkrete Vorstellung davon, wie unser eigener Umweltschutzstandard vor Ort umgesetzt werden soll? Schon mal dran gedacht, dass das in Bangladesch möglicherweise gar niemanden interessieren könnte? Es kann eigentlich nicht um viel mehr gehen als keine Produkte aus Kinderarbeit zu kaufen und dafür gibt es bereits gesetzliche Vorgaben.

[Zitat von Quittengelee](#)

Und zwar nicht mit fundierten Hinweisen dazu

Weisst du's?

[Zitat von Quittengelee](#)

Ja, Menschenrechte kosten Geld und das darf man H&M zumuten, T-Shirts müssen nicht für 2,99 am Haken hängen

Kauf das Zeug doch einfach gar nicht. Ob die 2 Euro mehr, die das T-Shirt dann vielleicht kostet, bei der Näherin in Bangladesch landen oder doch eher beim Zertifizierer? Es geht

übrigens gar nicht so sehr um die klischeehaft zitierten T-Shirts sondern vor allem um Medikamente und Elektronik. Da geht es um Produkte, die bei uns überhaupt nicht (mehr) produziert werden *können*. Es gibt so eine sackdumme Doku-Reihe übers Aluminium in der es sinngemäss mal irgendwo heisst, die problematischen Produktionsschritte würden in Schwellenländer "ausgelagert". Oh Mann, nein, das wird dort gemacht, weil das Bauxit bei uns leider nicht auf dem Baum wächst. Brasilien gibt dann auch die Produktionsbedingungen vor, die interessieren sich nicht für deine europäische Moral. Es kann hier auch keiner was dafür, dass die Chilenen zu dumm und korrupt sind, ihr Lithiumcarbonat vernünftig abzubauen und zu verkaufen. Wir können's ja mal probieren zu drohen, wir würden das nicht mehr kaufen, weil es bäh ist. Hahaha. Strickst du uns dann ne Runde Akkus für unsere Smartphones, E-Autos und Laptops?

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 4. Februar 2024 12:50

Nun - das Lieferkettengesetz muss man auch vom ethisch-moralischen Standpunkt aus betrachten.

Weltweit sind nach Unicef im Jahr 160 Millionen Kinder in Kinderarbeit tätig und werden von Bildung fern gehalten. Große Firmen müssen durch das Lieferkettengesetz verhindern, dass ihre Zulieferer Menschenrechtsverletzungen begehen - und sich dadurch Wettbewerbsvorteile erschleichen. Das Lieferkettengesetz kann - und soll - dazu beitragen, dass die Arbeiter in den Betrieben unter menschenwürdigen - und nicht unter ausbeuterischen - Verhältnissen arbeiten.

Das ist konkrete Entwicklungshilfe. Hubertus Heil meinte, dass "Anstand und Wohlstand" keine Gegensätze sein dürfen.

Gleichzeitig stellt das Gesetz einen Schutz vor Billiganbietern dar, die konkurrenzlos billig produzieren können, weil sie sämtliche Umwelt- und Arbeitsschutzmaßnahmen ignorieren und das Letzte aus den Menschen und ihrer Umwelt für den eigenen Profit auspressen. Diese freuen sich nun besonders über den Querschuss der FDP.

Beitrag von „Antimon“ vom 4. Februar 2024 13:02

[Zitat von Wolfgang Autenrieth](#)

dass die Arbeiter in den Betrieben unter menschenwürdigen

Was heisst das denn? Was ist denn der Massstab? Genau das wird ja gar nicht definiert. Für die Extreme (ich erwähnte Kinderarbeit) gibt es bereits gesetzliche Vorgaben.

[Zitat von Wolfgang Autenrieth](#)

weil sie sämtliche Umwelt- und Arbeitsschutzmaßnahmen ignorieren

Weil es die entsprechenden Vorgaben im Produktionsland gar nicht gibt. Meinst du Indien macht jetzt den Kniefall, weil wir ihnen per Gesetz die Moral vorbeibringen?

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 4. Februar 2024 13:23

[Zitat von Antimon](#)

Meinst du Indien macht jetzt den Kniefall, weil wir ihnen per Gesetz die Moral vorbeibringen?

Sicher nicht. Aber Firmen, die in Gefahr geraten plötzlich keine Aufträge mehr aus Europa erhalten, ändern ihre Einstellung. Das ist die Zielrichtung - und bereits erfolgte Wirkung. Es gilt bereits seit Anfang 2023 in Deutschland das "Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (LkSG)" - das Auswirkungen zeigt. Das europäische Gesetz sollte nun für einheitliche Regelungen in Europa sorgen. Die FDP sorgt für Wettbewerbsnachteile der eigenen Klientel - weil andere sich weiter unfair gebärden dürfen.

Beitrag von „Antimon“ vom 4. Februar 2024 13:32

[Zitat von Wolfgang Autenrieth](#)

Aber Firmen, die in Gefahr geraten plötzlich keine Aufträge mehr aus Europa erhalten

Allein das passiert schon gar nicht, China ist z. B. das Hauptförderland für seltene Erden. Überhaupt kommen ungefähr alle wichtigen Rohstoffe aus sogenannten Schwellenländern, weil sie dort nun mal sind. Der europäische Markt kann überhaupt nicht "drohen".

Zitat von Wolfgang Autenrieth

Es gilt bereits seit Anfang 2023 in Deutschland das "Gesetz über die unternehmerischen Sorgfaltspflichten zur Vermeidung von Menschenrechtsverletzungen in Lieferketten (LkSG)

Ja, weiss ich und noch viel länger gibt es die erwähnte ISO 9001. Wie das dann läuft mit den Paperli, weiss ich auch. Meine Partnerin hat 5 Jahre lang für einen Schweizer Maschinenbauer im Bereich Life Science im Vertrieb gearbeitet, weitere 5 Jahre für einen deutschen Maschinenbauer, davon 3 Jahre in leitender Position, zuletzt am Unispital Basel im Einkauf (!) und jetzt wieder für einen Maschinenbauer für Reinraumtechnik mit > 1000 Mitarbeiterh*innen. Von Lieferketten im Bereich Elektronik und Medizinalprodukte hat die ein "bisschen" Ahnung und ich unterhalte mich hin und wieder mit ihr.

Beitrag von „fachinformatiker“ vom 4. Februar 2024 20:10

Kenne das Gesetz nicht im Detail. Habe nur mitbekommen, dass es extrem schwer und aufwändig ist, Lieferketten bis zum letzten Glied zu verfolgen. Besonders, wenn die Fertigungstiefe hoch ist und viele externe Lieferanten im Spiel sind.

Wenn ein Unternehmen für die letzte verbaute Schraube noch die Lieferkette prüfen muss, steht der Aufwand in keinem Verhältnis zum Erfolg.

Beitrag von „Seph“ vom 4. Februar 2024 20:12

Zitat von fachinformatiker

Kenne das Gesetz nicht im Detail. Habe nur mitbekommen, dass es extrem schwer und aufwändig ist, Lieferketten bis zum letzten Glied zu verfolgen. Besonders, wenn die Fertigungstiefe hoch ist und viele externe Lieferanten im Spiel sind.

Wenn ein Unternehmen für die letzte verbaute Schraube noch die Lieferkette prüfen muss, steht der Aufwand in keinem Verhältnis zum Erfolg.

Und genau das scheint das Problem mit der derzeitigen Fassung zu sein. Für die Firmen bringt das unabwägbare Haftungsrisiken mit sich. Hier muss scheinbar noch dringend nachgebessert

werden.

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 4. Februar 2024 20:34

Zitat von Antimon

Allein das passiert schon gar nicht, China ist z. B. das Hauptförderland für seltene Erden. Überhaupt kommen ungefähr alle wichtigen Rohstoffe aus sogenannten Schwellenländern, weil sie dort nun mal sind. Der europäische Markt kann überhaupt nicht "drohen".

Du kannst mir bei Gelegenheit deine Glaskugel leihen. Vielleicht verrät sie mir die Lottozahlen.



Beitrag von „Antimon“ vom 4. Februar 2024 20:42

Womit genau sollte die EU denn drohen? Wir bewerfen euch mit Sand, wenn ihr unsere Umweltschutzaufgaben nicht einhalten wollt? China kann rumgedreht sehr gut drohen. Entweder ihr fresset unsere Konditionen, oder ihr könnt selber schauen, woher das Neodym für eure Elektronik kommt. Oder ... ihr zahlt einen Preis dafür, dass euch die Ohren schlackern. So schwierig ist das nun wirklich nicht zu orakeln. Die Zeit des Kolonialismus ist einfach vorbei.

Beitrag von „Antimon“ vom 4. Februar 2024 20:51

Zitat von fachinformatiker

Kenne das Gesetz nicht im Detail.

Details gibt's ja auch gar keine. Es heisst nur was von "Einhaltung von Menschenrechten", was auch immer damit gemeint sein mag. Das klingt natürlich sehr romantisch, nützt aber gar nichts, wenn nicht klar ist, was das konkret bedeuten soll und wie das konkret umgesetzt werden soll. Wie du schreibst besteht einfach die Gefahr, dass das ein bürokratisch

aufgeblasenes Monstrum wird ohne dass irgendjemand ernsthaft was davon hat. Keine Ahnung was man tun müsste, um China z. B. dazu zu bewegen sich anständig gegenüber seinen eigenen Leuten zu verhalten. Oder Indien gegenüber der Umwelt. Und im Grunde bedingt ja das eine das andere. Einfach mal nach "Städte mit höchster Luftverschmutzung" googeln und sich wundern. Das Problem ist nicht so sehr, dass die Typies bei H&M so super geldgierig sind. Sind sie schon sicher irgendwie auch, aber die Vorstellung, dass nur einfach *wir* weniger doof sein müssten, damit alles besser wird, ist etwas naiv.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 6. Februar 2024 19:57

Zeit schrieb: "Dass es so komme, enttäusche ihn, sagte Heil und sprach von einer "ideologisch motivierten Blockade" des Koalitionspartners FDP. "Eine EU-Lieferkettenrichtlinie stärkt die Menschenrechte in internationalen Handelsbeziehungen, wenn es etwa darum geht, Kinder- und Zwangsarbeit zu bekämpfen", sagte er.

...Auch aus der Grünenfraktion gab es Kritik. Co-Fraktionschefin Katharina Dröge sagte, ein Scheitern des Gesetzes wäre "schlecht für die deutsche Wirtschaft, die von gleichen Wettbewerbsbedingungen profitiert hätte". Zudem sprach sie von einem Rückschlag für den Schutz von Menschenrechten und einem Rufschaden für Deutschland als "verlässlichen und glaubwürdigen Partner in der EU".

Zitat von Antimon

Es heisst nur was von "Einhaltung von Menschenrechten", was auch immer damit gemeint sein mag.

Immer noch falsch. Ich zitiere es gerne erneut:

"Das Lieferkettengesetz enthält einen abschließenden Katalog von elf international anerkannten Menschenrechtsübereinkommen. Aus den dort geschützten Rechtsgütern werden Verhaltensvorgaben bzw. Verbote für unternehmerisches Handeln abgeleitet, um eine Verletzung geschützter Rechtspositionen zu verhindern. Dazu zählen insbesondere die Verbote von Kinderarbeit, Sklaverei und Zwangsarbeit, die Missachtung des Arbeits- und Gesundheitsschutzes, die Vorenthaltung eines angemessenen Lohns, die Missachtung des Rechts, Gewerkschaften bzw. Mitarbeitervertretungen zu bilden, die Verwehrung des Zugangs zu Nahrung und Wasser sowie der widerrechtliche Entzug von Land und Lebensgrundlagen.

Bußgelder

Kommen Unternehmen ihren gesetzlichen Pflichten nicht nach, können Bußgelder verhängt werden. Diese können bis zu 8 Millionen Euro oder bis zu 2 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes betragen. Der umsatzbezogene Bußgeldrahmen gilt nur für Unternehmen mit mehr als 400 Millionen Euro Jahresumsatz. Außerdem ist es bei einem verhängten Bußgeld ab einer bestimmten Mindesthöhe möglich, von der Vergabe öffentlicher Aufträge ausgeschlossen zu werden."

(Bundesministerium für Arbeit und Soziales)

Beitrag von „fachinformatiker“ vom 6. Februar 2024 22:56

Hoffentlich reicht unsere Enthaltung, diesen Bürokratiewahnsinn zu stoppen.

Unglaublich, die Wirtschaftsferne von SPD und Grüne, in der aktuellen dramatischen Wirtschaftssituation die Standortbedingungen weiter zu verschlechtern.

Wäre schön, wenn die Regierung endlich den Weg frei macht. Bislang hat es noch keine Regierung so schnell geschafft, einen Topstandort von einer Lokomotive zur Last runterzustufen.

Jetzt kommt nicht mit der Weltlage. Wir sind weltweit nur hinter Argentinien auf dem letzten Platz beim Wachstum. Dank Scholz, Habeck und Lindner.

Beitrag von „Kris24“ vom 6. Februar 2024 23:09

Was mich wundert bzw. für mich Fragen aufwirft

Buschmann hat mit am Lieferkettengesetz gewirkt, es wurde insgesamt 3 Jahre diskutiert, warum plötzlich diese Kehrtwende? Liegt es an den Wahlen in diesem Jahr (Bürokratieabbau klingt für viele gut, auch wenn es oft nur das Recht des Stärkeren bedeutet), an Lobbyismus (ich habe mindestens zweimal mich an Begründungen der FDP gewundert, bevor herauskam, dass entsprechende Einflussnahme voraus gegangen ist, Mövenpick bzw. Porsche) oder haben sie wirklich sachliche Bedenken? Da fällt mir doch das Sprichwort ein, wer einmal lügt ... (oder hier sich kaufen lässt ...)

Und sehr viele Unternehmen sind ebenfalls für dieses Gesetz, einige äußern sich jetzt deutlich.

Beitrag von „Kris24“ vom 6. Februar 2024 23:18

Zitat von fachinformatiker

Hoffentlich reicht unsere Enthaltung, diesen Bürokratiewahnsinn zu stoppen.

Unglaublich, die Wirtschaftsferne von SPD und Grüne, in der aktuellen dramatischen Wirtschaftssituation die Standortbedingungen weiter zu verschlechtern.

Wäre schön, wenn die Regierung endlich den Weg frei macht. Bislang hat es noch keine Regierung so schnell geschafft, einen Topstandort von einer Lokomotive zur Last runterzustufen.

Jetzt kommt nicht mit der Weltlage. [Wir sind weltweit nur hinter Argentinien auf dem letzten Platz beim Wachstum.](#) Dank Scholz, Habeck und Lindner.

Daran ist aber die CDU schuld, wir haben deswegen so große Probleme, weil wir uns von billigen russischen Erdgas abhängig gemacht haben, obwohl alle gewarnt haben (und was viele vergessen haben, Merz wollte nach dem Einmarsch in die Ukraine den sofortige Ausstieg aus russischem Erdgas, ein halbes Jahr später war er wieder anderer Meinung. Er wechselt ja seine Ansichten ständig ohne Begründung, das schafft aber kein Vertrauen wichtig in der Industrie.) Und Frankreich steht nur dann z. B. besser da, wenn alle seine AKWs laufen (das gab es schon lange nicht mehr). Dieser Bericht wurde sehr einseitig geschrieben und ist nicht unabhängig oder gar wahr.

Und wie gerade im letzten Beitrag geschrieben, mir ist Bürokratie lieber als Bananenrepublik. Klar kann man Gesetze abschaffen, dann gewinnt halt der mit dem meisten Geld oder den besten Beziehungen.

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 6. Februar 2024 23:48

[Amnesty International](#) und die Aktion [Misereor](#) äußern sich entsetzt über das Gebaren der FDP. Scheinbar wird das Lieferkettengesetz in diesen Organisationen als durchaus wirksam angesehen.

Diese Organisationen sind ja nicht "irgendwer".

Beitrag von „Kris24“ vom 6. Februar 2024 23:58

Auch z. B. Aldi Süd, Ikea, Unilever, Hess Natur, S. Oliver, Vaude, Hapag-Lloyd haben sich für das Gesetz ausgesprochen.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 00:30

[Zitat von Kris24](#)

Auch z. B. Aldi Süd, Ikea, Unilever, Hess Natur, S. Oliver, Vaude, Hapag-Lloyd haben sich für das Gesetz ausgesprochen.

Für die großen Unternehmen ist es auch kein Problem. Das Problem ergibt sich für die Mittelständler, die keine so großen Rechtsabteilungen haben. Ist natürlich für die Konzerne dann super, die können sich positiv darstellen und kleine Konkurrenz gleichzeitig verdrängen.

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 00:54

[Zitat von RosaLaune](#)

Für die großen Unternehmen ist es auch kein Problem. Das Problem ergibt sich für die Mittelständler, die keine so großen Rechtsabteilungen haben. Ist natürlich für die Konzerne dann super, die können sich positiv darstellen und kleine Konkurrenz gleichzeitig verdrängen.

Vaude und Hess Natur sind nicht groß, die ganz kleinen Unternehmen betrifft es ja nicht. Aber sie bemühen sich seit Jahren um Nachhaltigkeit. Vaude kommt hier aus der Gegend, ich bewundere ihre Chefin.

Aldi Süd begrüßt z. B. das einheitliche Recht in Europa. Aktuell sind sie ggü. Spanien benachteiligt, schreiben sie (Fachinformatikers Beitrag oben ist daher falsch, die FDP sorgt dafür, dass deutsche Unternehmen benachteiligt sind ggü. anderen europäische Unternehmen).

Beitrag von „Quittengelee“ vom 7. Februar 2024 07:28

[Zitat von Kris24](#)

Aldi Süd begrüßt z. B. das einheitliche Recht in Europa. Aktuell sind sie ggü. Spanien benachteiligt, schreiben sie

Das sagt die von den Grünen auch und klingt auch logisch, da Deutschland bislang als einziges ein derartiges Gesetz hatte. Oder gibt es Vergleichbares in anderen europäischen Staaten?

[RosaLaune](#) , wie klein ist ein Betrieb über 500 Beschäftigte und mit 400 Mio Umsatz? Mittelständisch ist auf alle Fälle nicht mehr der passende Begriff, scheint mir.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 08:11

[Zitat von Quittengelee](#)

Oder gibt es Vergleichbares in anderen europäischen Staaten

3 Sekunden gegoogelt und man hätte es gewusst: Deutschland, Frankreich, Norwegen, Niederlande, Grossbritannien und die Schweiz in Europa, USA, Australien ausserhalb.

[Zitat von Quittengelee](#)

Immer noch falsch. Ich zitiere es gerne erneut

Du zitierst zum dritten Mal den gleichen Schwurbel. Glaub mir einfach, dass ich nicht deiner Meinung bin.

[Zitat von Quittengelee](#)

wie klein ist ein Betrieb über 500 Beschäftigte und mit 400 Mio Umsatz

Es betrifft auch deutlich kleinere Unternehmen, wenn deren Hauptumsatz in einem entsprechenden Wirtschaftsbereich liegt und die kleinen Unternehmen betrifft es indirekt, weil die natürlich auf Zulieferer angewiesen sind.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 7. Februar 2024 09:38

Zitat von Antimon

Du zitierst zum dritten Mal den gleichen Schwurbel. Glaub mir einfach, dass ich nicht deiner Meinung bin.



Ich zitiere die Informationen eines Ministeriums, du behauptest etwas, das ist keine Meinung. Sobald du Genaueres weißt, lass es uns wissen.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 09:45

Was diskutierst du denn hier ausser deiner eigenen Meinung? Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich den Sachverhalt besser überreisse als du.

Edit:

Ach... Ich hätte es zitieren sollen um den Widerspruch zu konservieren. Erst interessiert meine Meinung einfach nicht, jetzt ist es gar keine Meinung. Du hast überhaupt keine Argumente, du pöbelst - wie so oft - nur rum.

Es gibt noch gar kein ausgearbeitetes Gesetz, da kannst du noch 5 x das immer gleiche blabla zitieren. Ich habe recht konkret ein paar Fragen aufgeworfen, die ich mir im Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz stelle und die mich da ziemlich skeptisch machen, was das überhaupt bringen soll ausser ner Menge Bürokratie. Ich verwies darauf, dass es entsprechende Verordnungen bereits gibt und dass mir durchaus bekannt ist, wie die umgesetzt werden. Möchtest du vielleicht mit Gegenargumenten irgendwas Konstruktives diskutieren oder einfach weiter geifern? Das war ja genau auch Moebius Vorwurf und leider hat er damit absolut recht.

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 7. Februar 2024 15:32

Zitat von Antimon

Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich den Sachverhalt besser überreisse als du.

Wie immer und bei jedem, sowie jedem Thema. Ich knie in Ehrfurcht vor deiner Weisheit nieder - und vor deiner freundlich-kollegialen Ausdrucksweise.

Beitrag von „state_of_Trance“ vom 7. Februar 2024 15:35

[Zitat von Wolfgang Autenrieth](#)

Wie immer und bei jedem, sowie jedem Thema. Ich knie in Ehrfurcht vor deiner Weisheit nieder - und vor deiner freundlich-kollegialen Ausdrucksweise.

Bitte, bitte, rollt das nicht wieder auf...

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 7. Februar 2024 15:42

[Zitat von state_of_Trance](#)

Bitte, bitte, rollt das nicht wieder auf...

Wat mutt, dat mutt ... Wenn sich jemand hier so auslässt:

Zitat

Was diskutierst du denn hier ausser deiner eigenen Meinung? Ich bin mir ziemlich sicher, dass ich den Sachverhalt besser überreisse als du.

Edit:

Ach... Ich hätte es zitieren sollen um den Widerspruch zu konservieren. Erst interessiert meine Meinung einfach nicht, jetzt ist es gar keine Meinung. Du hast überhaupt keine Argumente, du pöbelst - wie so oft - nur rum.

Es gibt noch gar kein ausgearbeitetes Gesetz, da kannst du noch 5 x das immer gleiche blabla zitieren. Ich habe recht konkret ein paar Fragen aufgeworfen, die ich mir im

Zusammenhang mit dem geplanten Gesetz stelle und die mich da ziemlich skeptisch machen, was das überhaupt bringen soll ausser ner Menge Bürokratie. Ich verwies darauf, dass es entsprechende Verordnungen bereits gibt und dass mir durchaus bekannt ist, wie die umgesetzt werden. Möchtest du vielleicht mit Gegenargumenten irgendwas Konstruktives diskutieren oder einfach weiter geifern? Das war ja genau auch Moebius Vorwurf und leider hat er damit absolut recht.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 15:44

[Zitat von Wolfgang Autenrieth](#)

Wie immer und bei jedem, sowie jedem Thema. Ich knie in Ehrfurcht vor deiner Weisheit nieder - und vor deiner freundlich-kollegialen Ausdrucksweise.

Kannst du mich einfach zufrieden lassen? Insbesondere, wenn ich mit dir gar nicht diskutiere. Wir sind hier alle schon gross, es kann jeder und jede für sich selbst schreiben.

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 7. Februar 2024 15:48

[Zitat von Antimon](#)

Kannst du mich einfach zufrieden lassen? Insbesondere, wenn ich mit dir gar nicht diskutiere. Wir sind hier alle schon gross, es kann jeder und jede für sich selbst schreiben.

Benimm dich einfach kollegial und zivil und mäßige deine Ausdrucksweise. Dann lass' ich dich gerne ...

BTW: Falls du privat diskutieren willst, dann gibt es im Forum dazu durchaus Möglichkeiten.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 15:57

[Zitat von Wolfgang Autenrieth](#)

Benimm dich einfach kollegial und zivil und mäßige deine Ausdrucksweise.

Ja mach das bitte. Deine primitive Pöbelei geht mir nur noch auf den Senkel.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 7. Februar 2024 16:05

[Zitat von Kris24](#)

Buschmann hat mit am Lieferkettengesetz gewirkt, es wurde insgesamt 3 Jahre diskutiert, warum plötzlich diese Kehrtwende? ...

Genau das möchte ich eben auch wissen. Es wird wahrscheinlich noch eine Zeit dauern, aber LobbyControl, Correctiv oder eine findige Person bei der Süddeutschen werden es herausfinden.

Beitrag von „Birgit“ vom 7. Februar 2024 16:14

So wie sie halt nun auch die EU-Richtlinie zu Gewalt gegen Frauen blockieren.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 16:19

Die Art und Weise finde ich durchaus auch unschön. Natürlich geht's da ums politische Kalkül. Rückbesinnung auf alte FDP-Werte oder so ähnlich, denen laufen scharenweise die Wähler*innen davon. Ich war politisch immer nahe an der FDP, Lindner finde ich für diese Partei jedoch immer schon absolut schädlich. Trotzdem glaube ich, kann man über diesen Gesetzesvorschlag durchaus kritisch diskutieren. Leider geht das jetzt unter in der medialen Pöbelei gegen die FDP, der Sache an sich ist das absolut nicht zuträglich. Ich frage mich wirklich, wie genau vor allem Umweltschutz umgesetzt werden soll ohne in den produzierenden Schwellenländern in Kolonialherrenmanier aufzutreten. Ja, es wäre absolut wünschenswert, würde die Pharma in Indien z. B. ihren Dreck nicht einfach in den nächsten Fluss ablassen. Aber

wie soll das gehen, dass die das nicht mehr tun? Wie erwähnt, gesetzliche Vorschriften auf europäischer Seite gibt's nicht erst seit gestern, gebracht hat's bis anhin eher wenig.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 7. Februar 2024 16:26

Zitat von Antimon

Es gibt noch gar kein ausgearbeitetes Gesetz, ...

...aber du hast es trotzdem schon besser durchgedrungen als alle anderen.

Zitat von Antimon

Erst interessiert meine Meinung einfach nicht, jetzt ist es gar keine Meinung.

ich habe es umformuliert, weil ich das letztere gemeint habe. Nicht, deine Meinung interessiert nicht, sondern du behauptest etwas, das nicht stimmt und das ist nunmal keine Meinung. Meinung wäre "ich finde das Gesetz doof, weil..." Da es noch kein Gesetz gibt, kann man allenfalls doof finden, Menschenrechte einhalten zu wollen und diese Meinung hast du bislang nicht geäußert.

Zitat von Antimon

Möchtest du vielleicht mit Gegenargumenten irgendwas Konstruktives diskutieren oder einfach weiter geifern?

Wer geifert in diesem Thread, Antimon? Lies bitte nochmal alles durch, inklusive deiner eigenen Beiträge und frag dich mal, wie oft du aggressiv auftrittst. Ich habe RosaLaune eine ganz normale Frage gestellt, zu der du dann meintest, reingrätschen zu müssen. Ich habe Politiker*innen zitiert und ich habe klargestellt, dass es hier nicht um mittelständische Unternehmen geht, sowie dass es Grundsätze gibt, um welche Menschenrechte es gehen soll. Außerdem habe ich mehrfach geschrieben, dass ich die Art und Weise scheiße finde, erst ein Gesetz zu unterstützen und dann kurz vorher ohne Begründung abzuspringen.

Zitat von Antimon

... Moebius Vorwurf ...

Ich dachte, jeder redet für sich? Dafür bedankst du dich ganz schön oft für Aussagen anderer User über Forenteilnehmer*innen.

Wenn von dir noch was Inhaltliches kommt, prima, wenn nicht, dann auch okay, jeder darf auch unwissend daher labern. aber mach mich nicht blöd von der Seite an.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 16:33

Ja, bitte, lies dir noch mal die ersten beiden Beiträge von mir zum Thema durch. Ab Nr. 31 kommt dann die erste patzige Reaktion dazu von dir. Wie wäre es gewesen auf die aufgeworfenen Fragen zu reagieren? So macht man das eigentlich, wenn man daran interessiert ist, ein Thema mit anderen Leuten zu diskutieren. Wozu hast du den Thread gestartet wenn du nicht drauf klar kommst, dass jemand was Kritisches zum Thema schreiben könnte? Hast du jetzt noch irgendwas Argumentatives am Start oder bleibt's beim Pöbeln?

[Zitat von Quittengelee](#)

...aber du hast es trotzdem schon besser durchdrungen als alle anderen.

Nein, ich schrieb besser als *du*.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 16:33

[Zitat von Birgit](#)

So wie sie halt nun auch die EU-Richtlinie zu Gewalt gegen Frauen blockieren.

Die EU hat sich diesbezüglich doch geeinigt.

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 18:00

[Zitat von RosaLaune](#)

Die EU hat sich diesbezüglich doch geeinigt.

Ja, extrem verwässert.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 18:07

[Zitat von Kris24](#)

Ja, extrem verwässert.

Was heißt denn verwässert? Strafrecht ist Kompetenz der Mitgliedsstaaten. Was eine Vergewaltigung ist (und das ist ja eben der Punkt, um den es hier zu gehen scheint, der Rest ist ja so gekommen wie Rat und Parlament es eh wollten), müssen eben die Mitgliedsstaaten entscheiden. Dass einige Mitgliedsstaaten in ihren Strafgesetzen vorsehen, dass ein verbales Nein für einen Abwehrversuch einer Vergewaltigung nicht ausreicht, finde auch ich nicht schön, aber das müssen die Menschen dort dann mit den demokratischen Mitteln, die sie haben, ändern. Ich würde mir auch verbitten, dass plötzlich andere EU-Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass sich die Definition einer Vergewaltigung in Deutschland ändert.

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 18:16

[Zitat von RosaLaune](#)

Was heißt denn verwässert? Strafrecht ist Kompetenz der Mitgliedsstaaten. Was eine Vergewaltigung ist (und das ist ja eben der Punkt, um den es hier zu gehen scheint, der Rest ist ja so gekommen wie Rat und Parlament es eh wollten), müssen eben die Mitgliedsstaaten entscheiden. Dass einige Mitgliedsstaaten in ihren Strafgesetzen vorsehen, dass ein verbales Nein für einen Abwehrversuch einer Vergewaltigung nicht ausreicht, finde auch ich nicht schön, aber das müssen die Menschen dort dann mit den demokratischen Mitteln, die sie haben, ändern. [Ich würde mir auch verbitten, dass plötzlich andere EU-Mitgliedsstaaten dafür sorgen, dass sich die Definition einer Vergewaltigung in Deutschland ändert.](#)

Das sehe ich anders. Ich bin als Frau froh, wenn mich die EU vor Gewalt schützt, wenn Deutschland Gewalt gegen mich zulässt. Und ja das kommt leider vor. Das Vergewaltigung in der Ehe strafbar ist, gilt noch nicht so lange. Merz hat sich deutlich dagegen ausgesprochen.

In Deutschland muss deutlich der Vergewaltigung widersprochen oder dagegen gewehrt werden, einfach aus Angst schweigen, weil man keine Chance hat und den Täter nicht noch zusätzlich aufputschen möchte, reicht nicht. Da sind Spanien und die skandinavischen Länder weiter.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 18:22

Zitat von Kris24

Das sehe ich anders. Ich bin als Frau froh, wenn mich die EU vor Gewalt schützt, wenn Deutschland Gewalt gegen mich zulässt. Und ja das kommt leider vor. Das Vergewaltigung in der Ehe strafbar ist, gilt noch nicht so lange. Merz hat sich deutlich dagegen ausgesprochen.

Das verstehe ich. Wirklich. Das Problem ist aber doch, dass es auch anders laufen könnte. Stell dir vor, die EU lege fest, dass eine Vergewaltigung nur beim Anwenden von körperlicher Gewalt vorliegt. Dass der EU-Vorstoß in der Sache richtig war, dass sieht wohl auch Marco Buschmann so. Er deckt sich aber nicht mit den Kompetenzen der EU.

Die Sache mit der Vergewaltigung in der Ehe stimmt so übrigens nicht. Die war auch vorher schon strafbar. Die Abstimmung im Bundestag, bei der u. a. Merz mit Nein stimmte, hatte etwas anderes zum Inhalt: soll eine Vergewaltigung in der Ehe immer von Amtswegen verfolgt werden, oder soll das Opfer die Strafverfolgung verhindern können. Die Probleme einer solchen Regelung, wie sie bis in die 1990er bestand, liegen auf der Hand. Zu sagen, Merz habe sich *deutlich* gegen die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe ausgesprochen, ist aber nicht den Fakten entsprechend.

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 18:43

Zitat von RosaLaune

Das verstehe ich. Wirklich. Das Problem ist aber doch, dass es auch anders laufen könnte. Stell dir vor, die EU lege fest, dass eine Vergewaltigung nur beim Anwenden von körperlicher Gewalt vorliegt. Dass der EU-Vorstoß in der Sache richtig war, dass sieht wohl auch Marco Buschmann so. Er deckt sich aber nicht mit den Kompetenzen der EU.

Die Sache mit der Vergewaltigung in der Ehe stimmt so übrigens nicht. Die war auch vorher schon strafbar. Die Abstimmung im Bundestag, bei der u. a. Merz mit Nein stimmte, hatte etwas anderes zum Inhalt: soll eine Vergewaltigung in der Ehe immer von Amtswegen verfolgt werden, oder soll das Opfer die Strafverfolgung verhindern können. Die Probleme einer solchen Regelung, wie sie bis in die 1990er bestand, liegen auf der Hand. Zu sagen, Merz habe sich *deutlich* gegen die Strafbarkeit der Vergewaltigung in der Ehe ausgesprochen, ist aber nicht den Fakten entsprechend.

Du bist also der Meinung, dass Vergewaltigung in der Ehe keine Straftat ist und der Staat sich heraus halten soll? Das war Merz Meinung. Ich war schon vor knapp 30 Jahren entsetzt.

Und nein, auch dein 1. Absatz stimmt nicht. Es wäre nur Minimum gewesen, jeder Staat kann härtere Gesetze aufstellen. Und ich habe Buschmann auch gehört und fand es frauenfeindlich (wollte erst ekelhaft schreiben, betrifft ja nicht nur Frauen) . Auch deswegen lehne ich ihn, aber auch Lindner und die FDP so ab, ich glaube ihnen kein Wort.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 18:57

[Zitat von Kris24](#)

Du bist also der Meinung, dass Vergewaltigung in der Ehe keine Straftat ist und der Staat sich heraus halten soll? Das war Merz Meinung. Ich war schon vor knapp 30 Jahren entsetzt.

Und nein, auch dein 1. Absatz stimmt nicht. Es wäre nur Minimum gewesen, jeder Staat kann härtere Gesetze aufstellen. Und ich habe Buschmann auch gehört und fand es frauenfeindlich (wollte erst ekelhaft schreiben, betrifft ja nicht nur Frauen) . Auch deswegen lehne ich ihn, aber auch Lindner und die FDP so ab, ich glaube ihnen kein Wort.

Ob Vergewaltigung in der Ehe eine Straftat ist oder nicht, ist keine Frage der Meinung, sondern der Gesetzeslage. Die ist eindeutig. Und die Gesetzeslage spiegelt auch meine Meinung wieder.

Merz' Meinung damals kenne ich aus dem Effe nicht, ich kenne aber die Debatte von damals. Es ging nie darum, dass der Staat sich heraushalten soll. Die Handlung einer Vergewaltigung war damals auch innerhalb der Ehe strafbar, nur eben nach § 240 StGB (Nötigung). Als dann der Bundestag 1997 abstimmte, ging es aber nie darum, die alte Fassung beizubehalten. Abgestimmt wurde über zwei Gesetzesvorschläge und beide hätten die Vergewaltigung in der Ehe unter Strafe gestellt. Der von Merz favorisierte Vorschlag enthielt aber eine Widerspruchsklausel, das Opfer hätte eine Strafverfolgung verhindern können.

Noch mal: ich bin sehr für die neue Fassung (unter anderem, weil diese auch Männer als Opfer anerkennt, vorher konnten nur Frauen vergewaltigt werden). Und ich bin nun auch nicht begeistert davon, Merz in Schutz zu nehmen. Aber diese Vereinfachung, die du triffst, finde ich gerade wegen der Schwere des Sachverhalts nicht angemessen.

Und nein, es ging auch nicht um ein Minimum. Das erkennt man schon daran, dass man zwischen "Ja heißt ja" und "Nein heißt nein" nicht quantifizieren kann. Was soll da das Minimum sein?

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 19:17

Zitat von RosaLaune

Ob Vergewaltigung in der Ehe eine Straftat ist oder nicht, ist keine Frage der Meinung, sondern der Gesetzeslage. Die ist eindeutig. Und die Gesetzeslage spiegelt auch meine Meinung wieder.

Merz' Meinung damals kenne ich aus dem Effe nicht, ich kenne aber die Debatte von damals. Es ging nie darum, dass der Staat sich heraushalten soll. Die Handlung einer Vergewaltigung war damals auch innerhalb der Ehe strafbar, nur eben nach § 240 StGB (Nötigung). Das Opfer konnte aber ein Strafverfahren verhindern. Das geht heute nicht mehr.

Noch mal: ich bin sehr für die neue Fassung (unter anderem, weil diese auch Männer als Opfer anerkennt, vorher konnten nur Frauen vergewaltigt werden). Und ich bin nun auch nicht begeistert davon, Merz in Schutz zu nehmen. Aber diese Vereinfachung, die du triffst, finde ich gerade wegen der Schwere des Sachverhalts nicht angemessen.

Und nein, es ging auch nicht um ein Minimum. Das erkennt man schon daran, dass man zwischen "Ja heißt ja" und "Nein heißt nein" nicht quantifizieren kann. Was soll da das Minimum sein?

Ja heißt ja, es muss also zugestimmt werden. Mit diesem EU-Gesetz wäre das Minimum festgelegt. Die Staaten dürfen weiter gehen.

Du schriebst

Zitat von RosaLaune

Stell dir vor, die EU lege fest, dass eine Vergewaltigung nur beim Anwenden von körperlicher Gewalt vorliegt. Dass der EU-Vorstoß in der Sache richtig war, dass sieht wohl auch Marco Buschmann so. Er deckt sich aber nicht mit den Kompetenzen der EU.

Und das stimmt nicht. Es gäbe kein "nur". Spanien und Schweden gehen jetzt auch nicht zur laschen Gesetzgebung Deutschlands über.

Ich habe Buschmann dazu reden hören. Er brachte ein Beispiel von einem Mann, der dachte, die Frau wolle auch und deshalb sei er gegen dieses Gesetz und für ein klares Nein der Frau. Ich dachte an den Vorfall in Spanien, der zur Gesetzesänderung dort geführt hat. Manchmal ist es auch durch die Umstände klar, dass es kein zustimmender Sex war.

Letztendlich geht es vor Gericht und das entscheidet. Aber leider denken viel zu viele Männer immer noch, die Frau will ja auch, auch wenn sie sich zuerst sträubt. Da hätte eine deutliche Ansage durch dieses Gesetz geholfen.

(Auch eine Vergewaltigung heute in der Ehe muss erst angezeigt werden. Wenn das Opfer nicht will, erfährt es der Staat nicht. Aber früher hatte es kaum Konsequenzen selbst wenn jemand angezeigt hat. Nötigung verjährt viel schneller, wird deutlich weniger bestraft. Ich kenne noch den Spruch, warum lässt sie sich nicht scheiden, in der Ehe gehört Sex (immer) dazu.) Letztendlich wurde real nur Körperverletzung bestraft.

Und zu Merz, ich weiß noch, was er damals deutlich gesagt hat. Andere waren zurückhaltender.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 19:22

Zitat von Kris24

Und das stimmt nicht. Es gäbe kein "nur". Spanien und Schweden gehen jetzt auch nicht zur laschen Gesetzgebung Deutschlands über.

Ja, weil dieser Punkt jetzt gar nicht geregelt wird. Hätte die EU-Richtlinie aber *Nein heißt nein* festgeschrieben, dann hätten sich auch Spanien und Schweden daran halten müssen.

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 19:26

[Zitat von RosaLaune](#)

Ja, weil dieser Punkt jetzt gar nicht geregelt wird. Hätte die EU-Richtlinie aber *Nein heißt nein* festgeschrieben, dann hätten sich auch Spanien und Schweden daran halten müssen.

Ja. Und das gilt immer bei allen Gesetzen. (Hier aber nicht, deshalb ist dein Beispiel hier falsch.) Es ging nicht darum, nur (!) nein heißt nein zuzulassen. Deshalb schrieb ich Minimum.

Wenn also irgendwann die EU beschließen sollte, dass Vergewaltigung immer straffrei bleibt, ... (Aber darum ging es nicht und ich sehe dein Beispiel als Strohmann an.)

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 19:31

[Zitat von Kris24](#)

Ja. Und das gilt immer bei allen Gesetzen. (Hier aber nicht, deshalb ist dein Beispiel hier falsch.) Es ging nicht darum, nur (!) nein heißt nein zuzulassen. Deshalb schrieb ich Minimum.

Wenn also irgendwann die EU beschließen sollte, dass Vergewaltigung immer straffrei bleibt, ... (Aber darum ging es nicht und ich sehe dein Beispiel als Strohmann an.)

Mein Argument ist kein Strohmann. Ich sehe es inhaltlich wie du und wäre für eine Änderung der deutschen Rechtslage. Ich bin aber dagegen, dies europäisch zu regeln, da die EU 1) nicht die Kompetenz für Strafrecht hat, 2) es nicht unsere Aufgabe ist, deutsche Weisheiten in alle Länder zu exportieren.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 19:50

Genau das gleiche "Problem" sehe ich eben bei diesem Lieferkettengesetz. Ich nehme an, es wird kommen, aber mehr als einen ungefähren Rahmen wird es nicht abgeben (können). Die EU kann nicht irgendwelchen Staaten vorschreiben, welchen Mindestlohn sie festlegen müssen.

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 20:23

Zitat von RosaLaune

Mein Argument ist kein Strohmann. Ich sehe es inhaltlich wie du und wäre für eine Änderung der deutschen Rechtslage. Ich bin aber dagegen, dies europäisch zu regeln, da die EU 1) nicht die Kompetenz für Strafrecht hat, 2) es nicht unsere Aufgabe ist, deutsche Weisheiten in alle Länder zu exportieren.

Deshalb schrieb ich Minimum. Und nein, Deutschland hinkt wieder einmal hinterher, um deutsche Weisheit, das voraus eilt, geht es wirklich hier nicht zum Gegenteil, FDP blockiert immer wieder und bremst dadurch die anderen auch (also doch "deutsche Weisheit" dank Blockade der FDP, wir wollen den armen Mann schützen, woher soll er wissen, dass nicht jede Frau seinen Sex will).

Und Buschmann und sein Justizministerium wollten kein lascheres Gesetz verhindern (deshalb bezeichne ich dein Beispiel als Strohmann, darum ging es nicht), er wollte aktiv strengere Gesetzgebung verhindern (also seinen deutschen Weg durchsetzen).

Beitrag von „RosaLaune“ vom 7. Februar 2024 20:26

Zitat von Kris24

Deshalb schrieb ich Minimum. Und nein, Deutschland hinkt wieder einmal hinterher, um deutsche Weisheit, das voraus eilt, geht es wirklich hier nicht zum Gegenteil, FDP blockiert immer wieder und bremst dadurch die anderen auch (also doch "deutsche Weisheit" dank Blockade der FDP, wir wollen den armen Mann schützen, woher soll er wissen, dass nicht jede Frau seinen Sex will).

Und Buschmann und sein Justizministerium wollten kein lascheres Gesetz verhindern (deshalb bezeichne ich dein Beispiel als Strohmann, darum ging es nicht), er wollte aktiv strengere Gesetzgebung verhindern (also seinen deutschen Weg durchsetzen).

Es wurde keine strengere Gesetzgebung verhindert. Du hast es doch selbst gesagt, Spanien und Schweden können ihre Rechtslage beibehalten. Es wird nichts verhindert, aber jedes Land kann es eben so machen, wie es die demokratisch gewählten Parlamente für richtig halten ohne irgendwelchen anderen Ländern gerecht zu werden.

Bist du dafür, Strafrecht europäisch zu regeln? Oder nur in diesem einen Bereich?

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 20:37

Zitat von RosaLaune

Es wurde keine strengere Gesetzgebung verhindert. Du hast es doch selbst gesagt, Spanien und Schweden können ihre Rechtslage beibehalten. Es wird nichts verhindert, aber jedes Land kann es eben so machen, wie es die demokratisch gewählten Parlamente für richtig halten ohne irgendwelchen anderen Ländern gerecht zu werden.

Bist du dafür, Strafrecht europäisch zu regeln? Oder nur in diesem einen Bereich?

Und deshalb schrieb ich verwässert (und wir sind wieder am Anfang). Dank FDP und anderen kommt es nicht zur notwendigen Verschärfung (ich las Buschmanns Begründung und bin deshalb so angepisst).

Und ja, ich bin durchaus für eine europäische Einigung auch in anderen Bereichen zumindest in einem Rahmen wie Antimon schrieb oder Festlegung auf ein Minimum wie ich schrieb. Es wird sowieso jahrelang diskutiert, die Gesetze fallen nicht vom Himmel. Mir fallen auch noch andere Rechtsbereiche an. Vor gut 150 Jahren gab es noch badisches, württembergisches, bayrisches, ... Recht, davor hatte jede Stadt ihr eigenes Recht (und deshalb gehört meine Heimatstadt nicht zur Schweiz, darauf verzichten wollte sie nicht).

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 22:09

[Zitat von Kris24](#)

Vor gut 150 Jahren gab es noch badisches, württembergisches, bayrisches, ... Recht

So schlecht ist das grundsätzlich nicht und es gibt immer noch Bereiche, die föderal geregelt sind. Wir zahlen hier auch kantonal unterschiedlich Steuern. Genau das erwarte ich als geneigte Wählerin auch von einer FDP, für möglichst wenig übergeordnete Regulierung einzustehen. Damit identifizierst du dich offenbar nicht, aber du kannst an der Stelle nicht der FDP vorwerfen, einen schlechten Job zu machen.

Beitrag von „Kris24“ vom 7. Februar 2024 22:49

[Zitat von Antimon](#)

So schlecht ist das grundsätzlich nicht und es gibt immer noch Bereiche, die föderal geregelt sind. Wir zahlen hier auch kantonal unterschiedlich Steuern. Genau das erwarte ich als geneigte Wählerin auch von einer FDP, für möglichst wenig übergeordnete Regulierung einzustehen. Damit identifizierst du dich offenbar nicht, aber du kannst an der Stelle nicht der FDP vorwerfen, einen schlechten Job zu machen.

Gerade verschiedene Steuersätze sind für mich ein gutes Beispiel, dass es nicht zu lokal geregelt sein soll. Reiche erpressen den Staat, zahlen relativ viel weniger Steuern als Ärmere. Ein Wettlauf nach unten beginnt. Und auch die Großunternehmen erpressen. Klar, dass die FDP da vorne mitmischen, werden sie doch von ihr bezahlt. Sie tun einen guten Job, aber nicht für die Gesellschaft, nicht für kleinere Unternehmen. Irgendjemand muss ja für einen funktionierenden Staat zahlen, bleibt die Mittelschicht, wenn die Reichen ihre persönlichen Steuerdeals mit dem Staat machen. Oder der Staat kann nicht mehr seine Aufgaben gut wahrnehmen. Weniger Infrastruktur, weniger Bildung für alle, weniger Ordnung.

Hier bin ich noch mehr für ein EU-Minimum als beim Strafrecht. Weniger Regulierung bedeutet nämlich, mehr Rechte für den Stärkeren, Reichen, den mit mehr Beziehungen. (Ich habe als Jugendliche gestaunt, welche Gesetze der Kanton Thurgau für einen reichen Hamburger zum Nachteil seiner langjährigen Bürger aufhebt. Nichts mehr mit gleichem Recht für alle. Ich hoffe, dass die FDP noch nicht so gekauft ist, befürchte es aber.)

Zu kleine Staaten sind Spielball von Großunternehmen, Hedgefonds, mächtigen Privatpersonen.

Beitrag von „Antimon“ vom 7. Februar 2024 23:04

Nö, sehe ich nicht so. Ich bin grundsätzlich zufrieden mit den Dingen hier. 😊

Beitrag von „Wolfgang Autenrieth“ vom 7. Februar 2024 23:40

[Zitat von Antimon](#)

Die EU kann nicht irgendwelchen Staaten vorschreiben, welchen Mindestlohn sie festlegen müssen.

Nun - so einfach ist das nicht. Dadurch, dass Firmen in Europa Freizügigkeit besitzen und sich für alle Aufträge bewerben dürfen, muss ein einheitlicher Mindestlohn - oder zumindest der Mindestlohn des "Einsatzlandes" gelten - sonst haben deutsche Betriebe, die ihre Leute anständig bezahlen, gegen Billigstanbieter keine Chance mehr.

Beitrag von „Antimon“ vom 8. Februar 2024 08:16

Es geht überhaupt nicht um Lieferketten und Mindestlöhne *innerhalb* der EU. Worauf die EU-Staaten sich untereinander einigen kann China und Indien völlig wurscht sein.

Beitrag von „Finnegans Wake“ vom 8. Februar 2024 09:13

[Zitat von Kris24](#)

Gerade verschiedene Steuersätze sind für mich ein gutes Beispiel, dass es nicht zu lokal geregelt sein soll.

Gerade bei der Gewerbesteuer kann es ganz schnell ganz pervers werden. Eine arme Gemeinde/Stadt/Kreis muss erhöhen, um einigermaßen Geld in den Säckel zu bekommen und

schreckt damit potentielle Investoren ab. Eine reichere/solide Gemeinde/... kann mit einer niedrigeren Gewerbesteuer arbeiten und damit weitere Investoren anlocken.

PS: Was aber grundsätzlich ein Problem ist, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert sind und extrem vom Gewerbesteuerglück abhängig. Bund und Länder bestellen gerne und lassen die Kommunen zu viel zahlen. In RLP wird dabei häufig mit Pauschalen gearbeitet, die den Kommunen zugewiesen werden, die aber kaum die Kosten decken bzw. bspw. bei Wohnkosten gerade in teuren Kommunen (Mieten) zu massiver Unterdeckung führen. Aber das ist eine ganz andere große Diskussion.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 13. Juni 2024 07:17

Und schwuppdwupp, Habeck möchte das Lieferkettengesetz aussetzen. Schön, wenn die Realität die Ideologie einholt.

<https://logistik-heute.de/news/politik-h...etz-119555.html>

Beitrag von „Quittengelee“ vom 13. Juni 2024 08:39

Wer das schön findet, beschäftigt sich ganz offenbar zu selten mit der Herkunft unserer Klamotten, Handys und Schokolade und hält den eigenen Anspruch auf billigen Ramsch auf Kosten von Gesundheit und Lebensbedingungen derer, die diesen Ramsch produzieren, für okay.

Obwohl, nein, hier unter Lehrern kauft man natürlich teuren Ramsch und die Schokolade mit dem Fairsiegel, daher berührt einen das alles noch viel weniger. Hauptsache, Firmen, die mit dem Leid anderer reich geworden sind, haben nicht so viel nervigen Papierkram zu erledigen. Das ist einfach eine Zumutung und viel höher zu bewerten als das namenlose Kind, das von Pestiziden krank wird.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 13. Juni 2024 09:35

Warum es hier nicht um Planungssicherheit geht, ein Kommentar in der ZEIT:

<https://www.zeit.de/2024/26/liefer...n-robert-habeck>

Beitrag von „Moebius“ vom 13. Juni 2024 14:01

Zitat von Quittengelee

Wer das schön findet, beschäftigt sich ganz offenbar zu selten mit der Herkunft unserer Klamotten, Handys und Schokolade und hält den eigenen Anspruch auf billigen Ramsch auf Kosten von Gesundheit und Lebensbedingungen derer, die diesen Ramsch produzieren, für okay.

Obwohl, nein, hier unter Lehrern kauft man natürlich teuren Ramsch und die Schokolade mit dem Fairsiegel, daher berührt einen das alles noch viel weniger. Hauptsache, Firmen, die mit dem Leid anderer reich geworden sind, haben nicht so viel nervigen Papierkram zu erledigen. Das ist einfach eine Zumutung und viel höher zu bewerten als das namenlose Kind, das von Pestiziden krank wird.

Der Großteil dieses Threads drehte sich darum, zu erklären, dass dies eben nicht der wesentliche Inhalt des Lieferkettengesetzes war und dass man zusätzlich mit guten Gründen anzweifeln konnte, dass der darauf abzielende Teil des Gesetzes irgendeine positive Wirkung gehabt hätte.

Aber warum inhaltlich über die Sache diskutieren, wenn man einfach seine eigene moralische Überlegenheit in Dauerschleife wiederholen kann.

In den letzten Tagen ging einer der größten Betrugsfälle der deutschen Wirtschaftsgeschichte durch die Nachrichten (leider trotzdem in weiten Kreisen unter):

Eine Pflichtabgabe auf den Benzinpreis, mit der die Ölkonzerne Klimaausgleichsprojekte finanzieren mussten, ist in Milliardenhöhe nach China in "zertifizierte" Projekte geflossen. Von ca. 40 zertifizierten Projekten ist vermutlich genau 1 wirklich durch diese Mittel finanziert worden, die anderen existieren entweder gar nicht oder sie haben schon vorher existiert und sind für die deutschen Fördergelder ein zweites mal auf dem Papier entstanden.

Um das zu erkennen, hätte eigentlich ein Blick auf frei verfügbare Satellitenaufnahmen gereicht, trotzdem hat es 5 Jahre gedauert, bis der Betrug aufgefallen ist.

Aber ein von Deutschland finanzierte Zertifizierungssystem, bei dem chinesische Firmen sich gegenseitig bescheinigen, wie die Zulieferer der Zulieferer ihre Arbeitskräfte behandeln, hätte natürlich super funktioniert. (Ironie Ende)

Wenn du sicher sein willst, dass Produkte unter vernünftigen Bedingungen produziert wurden, kaufe welche aus deutscher Herstellung. Willst du nur einigermaßen Sicher sein, kauf aus europäischer Herstellung. Willst du das nicht bezahlen, erspare dem Rest der Welt selbstgerechte Vorträge.

Beitrag von „RosaLaune“ vom 13. Juni 2024 16:09

[Zitat von Quittengelee](#)

Wer das schön findet, beschäftigt sich ganz offenbar zu selten mit der Herkunft unserer Klamotten, Handys und Schokolade und hält den eigenen Anspruch auf billigen Ramsch auf Kosten von Gesundheit und Lebensbedingungen derer, die diesen Ramsch produzieren, für okay.

Obwohl, nein, hier unter Lehrern kauft man natürlich teuren Ramsch und die Schokolade mit dem Fairsiegel, daher berührt einen das alles noch viel weniger. Hauptsache, Firmen, die mit dem Leid anderer reich geworden sind, haben nicht so viel nervigen Papierkram zu erledigen. Das ist einfach eine Zumutung und viel höher zu bewerten als das namenlose Kind, das von Pestiziden krank wird.

Kolonialist.

Beitrag von „CDL“ vom 13. Juni 2024 16:46

[Zitat von RosaLaune](#)

Kolonialist.

Was genau hat Quittengelees Beitrag für dich mit Kolonialismus zu tun?

Beitrag von „RosaLaune“ vom 13. Juni 2024 16:49

[Zitat von CDL](#)

Was genau hat Quittengelees Beitrag für dich mit Kolonialismus zu tun?

Anderen seine überlegenen moralischen Werte aufdrücken.

Es ist aber sehr bewusst polemisch gemeint.

Beitrag von „s3g4“ vom 13. Juni 2024 17:05

[Zitat von Quittengelee](#)

Wer das schön findet, beschäftigt sich ganz offenbar zu selten mit der Herkunft unserer Klamotten, Handys und Schokolade und hält den eigenen Anspruch auf billigen Ramsch auf Kosten von Gesundheit und Lebensbedingungen derer, die diesen Ramsch produzieren, für okay.

Obwohl, nein, hier unter Lehrern kauft man natürlich teuren Ramsch und die Schokolade mit dem Fairsiegel, daher berührt einen das alles noch viel weniger. Hauptsache, Firmen, die mit dem Leid anderer reich geworden sind, haben nicht so viel nervigen Papierkram zu erledigen. Das ist einfach eine Zumutung und viel höher zu bewerten als das namenlose Kind, das von Pestiziden krank wird.

Wie bei anderen Gesetzesvorhaben auch. Das Ziel des Gesetzes ist gut und richtig. Die Umsetzung ist mal wieder das Problem.

Beitrag von „Quittengelee“ vom 14. Juni 2024 06:18

[Zitat von Moebius](#)

Wenn du sicher sein willst, dass Produkte unter vernünftigen Bedingungen produziert wurden, kaufe welche aus deutscher Herstellung. Willst du nur einigermaßen Sicher sein, kauf aus europäischer Herstellung.

Versuche ich, geht aber immer seltener. Probleme können generell nur gelöst werden, wenn es Gesetzesvorgaben gibt.

Zitat von Moebius

In den letzten Tagen ging einer der größten Betrugsfälle der deutschen Wirtschaftsgeschichte durch die Nachrichten (leider trotzdem in weiten Kreisen unter):

Eine Pflichtabgabe auf den Benzinpreis, mit der die Ölkonzerne Klimaausgleichsprojekte finanzieren mussten, ist in Milliardenhöhe nach China in "zertifizierte" Projekte geflossen. Von ca. 40 zertifizierten Projekten ist vermutlich genau 1 wirklich durch diese Mittel finanziert worden, die anderen existieren entweder gar nicht oder sie haben schon vorher existiert und sind für die deutschen Fördergelder ein zweites mal auf dem Papier entstanden.

Um das zu erkennen, hätte eigentlich ein Blick auf frei verfügbare Satellitenaufnahmen gereicht, trotzdem hat es 5 Jahre gedauert, bis der Betrug aufgefallen ist.

Aber ein von Deutschland finanzierte Zertifizierungssystem, bei dem chinesische Firmen sich gegenseitig bescheinigen, wie die Zulieferer der Zulieferer ihre Arbeitskräfte behandeln, hätte natürlich super funktioniert. (Ironie Ende)

Na dann, geben wir es doch einfach auf, lässt sich wohl alles leider nicht ändern 🤔